

Wien, am Freitag, den 4. Oktober 1929 Zweite Ausgabe

## W I E N E R G E M E I N D E R A T

Sitzung vom 4. Oktober 1929

Bürgermeister Seitz eröffnet um 22 Uhr die Sitzung.

ST.R.Professor Dr. Tandler berichtet über die Erhöhung der Erhaltsbeiträge. Die Mindestpfründe soll von neun Schilling auf sechzehn Schilling und die Höchstpfründe von vierzig auf 56 Schilling erhöht werden. Zwischen den beiden Stufen sollen alle Pfründen durchwegs eine Steigerung von zwanzig bis 25 Prozent erfahren. Die Erhöhungen treten automatisch in Kraft. Die Erhöhung der Höchstpfründe von 40 auf 56 Schilling ist den Bedürfnissen des Einzelfalles vorbehalten.

GRbin. Dr. Motzke (E.L.) führt aus, dass mit der Erhöhung der Erhaltsbeiträge ein Teil jener Anträge beschlossen wird, die von der Minderheit schon seit vielen Jahren immer wieder **gestellt** werden. Dass ist ein Einbekenntnis, dass Sie seit zehn Jahren an der Demokratie Missbrauch getrieben haben. Sie haben aber für politische Kultur und parlamentarische Moral nichts übrig gehabt. Erst jetzt hat Ihnen eine Volkserhebung einiges Verständnis dafür beigebracht. Unsere Kritik auf dem Gebiet der Fürsorge war scharf aber gerecht. Wir haben bei allen Budgetberatungen die fürchtbar kleine Anfallspfründe von 9 Schilling bekämpft und haben eine gründliche und durchgreifende Aenderung der Pfründen verlangt. Erst jetzt werden diese Forderungen erfüllt. Wir haben auch verlangt, dass man alten Leuten über 70 Jahre ohne Wartefrist gleich die Pfründe gibt. Das geschieht nicht. Im IX. Bezirk ist jetzt erst der Auftrag gegeben worden, dass im Oktober keine Pfründenerhöhungen vorgenommen werden dürfen. Das Fürsorgeinstitut Mariahilf wurde um 34 Prozent bei der Aufteilung der Einnahmen aus dem allgemeinen Sammeltag verkürzt. Im Fürsorgewesen muss endlich mehr Bewegungsfreiheit sein und auch eine Verbindung mit der freiwilligen Fürsorge hergestellt werden. Heute sind die Fürsorgeräte nichts weiter als Aushilfeschreiber und da werden oft die Aushilfen vom Amt noch gekürzt. Mit 5 Schilling Aushilfe betrügt man sich und den armen Teufel dazu. Es kommen auch in der Fürsorge Dinge vor, die es nicht geben darf. So werden beispielsweise die Asylanten polizeilich gar nicht gemeldet. Auch die überspitzte Zentralisation des Fürsorgewesens wirkt sich sehr ungünstig aus. Es dürfte nicht vorkommen, dass Fürsorgeinstitutsvorsteher noch immer mit dem Parteiabzeichen amtieren.

Wir müssen über die rigorose Behandlung der Ansuchen und der Rekurse Beschwerde führen. Es ist zum Beispiel vorgekommen, dass ein 83jähriger Pfründener 25 Monate lang auf die Erledigung seines Ansuchens hat warten müssen, (Lebhafte Hört! Hörtrufe bei der E.L.) Ihre Rekursmaschine hat sehr gut gearbeitet. In einem Jahre sind etwa 4000 Pfründenempfänger ausgeschieden worden. Auch mit der Auffassung müsste gebrochen werden, dass ein Mensch der eine Altersrente bezieht deshalb vom Pfründenbezug ausgeschlossen ist. GRtin. Motzko führt sodann Beschwerde über die rigorose Behandlung der Ansuchen um Aufnahme in die geschlossene Armenfürsorge und im Bezug auf die offene Fürsorge für Kinder. Auch die Sätze der Pflegebeiträge bedürften einer gründlichen Reform. Mit der Geste der offenen Hand allein ist nicht viel getan. Sie müssen umlernen und sich auch hier in der Fürsorge auf den Boden der Demokratie stellen, die auch die andere Seite gelten lässt. Es bleibt unvergessen, dass Sie 500 magistratische Kostkinder aus unseren Anstalten herausgerissen, dass Sie die geistlichen Schwestern aus den Kinderfürsorgeanstalten der Gemeinde hinausgejagt haben. Wenn Sie von Abrüstung sprechen müssen Sie vor allem diesen Kulturhass abräumen. Sie müssen sich dazu bequemen, ehrlich Bilanz zu machen und die Posten die auf Ihre Parteigier abgestellt waren, als Dubiosa zu streichen. Es ist das eine ernste Mahnung, die wir an Sie richten. (Lebhafter Beifall bei der E.L.)

In seinem Schlusswort erklärt der Referent, dass von 39.165 Pfründnern nur 924 die 9 Schillingpfründe und 2174 die 10 Schillingpfründe beziehen. Auf die Vorwürfe, dass das Fürsorgewesen zu sehr bürokratisch verwaltet wird, erwidert Profes. Tandler, dass sich der Bürokratismus als logische Konsequenz jeder Massenverwaltung ergibt. Bürokratismus ist eben eine Auswirkung der Psychologie des ganzen Volkes. In der Fürsorge ist Bürokratismus ein Gift, er ist jedoch schwer zu vermeiden. (Beifall)

Der Antrag wird angenommen.

Vorsitzender GR. Weigl schliesst um 23 Uhr die Sitzung.